



Karl-Theodor zu Guttenberg: „Auf mehr als 40 000 Berufs- und Zeitsoldaten können wir nicht verzichten, sonst ist auch die Bündnisfähigkeit berührt.“

KARL-THEODOR ZU GUTTENBERG

„Wir brauchen den Aufbruch“

Der erste Vorstoß zur Aussetzung der Wehrpflicht scheiterte, aber zu Guttenberg lässt nicht locker. Auch die Industrie muss sich umstellen.

Daniel Goffart, Gabor Steingart
Berlin

Handelsblatt: Herr Verteidigungsminister, Sie sind der beliebteste Politiker in Deutschland. Was bedeutet das für Sie über Ihr aktuelles Amt hinaus?
Karl-Theodor zu Guttenberg: Popularität ist immer nur eine Momentaufnahme, auch wenn sie erstaunlicherweise etwas länger anhält. Aber das darf den Maßstab des eigenen Handelns nicht beeinflussen.

HB: Als populärster Minister lebt man innerhalb der Bundesregierung immer auch ein Leben in der Gefahrenzone.
Zu Guttenberg: Ab einem gewissen Verantwortungsgrad lebt man immer mit höherem Risiko. Deshalb verfallt ich aber nicht in Schweigsamkeit, sondern habe den Willen, notwendige Debatten anzustoßen, und spreche auch offen aus, was ich denke.

HB: Von vielen werden Sie weniger als Minister der Verteidigung wahrgenommen ...
Zu Guttenberg: Finden Sie?

HB: ... sondern als Minister für Aufbruch.
Zu Guttenberg: In jedem Amt gibt es ständig neue Aufbrüche; im Verteidigungsministerium stehen wir vor der Herausforderung, dass die in Jahrzehnten gewachsenen Strukturen nur noch bedingt in die heutige Realität und zu den Zukunftsaufgaben passen. Deshalb ist hier mit Sicherheit Aufbruch geboten.

HB: Kann die Bundesregierung, die öffentlich eher schlecht dasteht, von Ihnen etwas lernen?
Zu Guttenberg: Nein, von mir kann die Regierung nichts lernen, aber die Koalition kann von sich selbst lernen. Wir müssen an uns alle den Anspruch bester Umgangsformen und Ergebnisse stellen und mehr Vertrauen untereinander aufbauen. Hieran hakte es in den letzten Monaten.

HB: Die Mehrheit der Bevölkerung glaubt nicht mehr daran, dass die Regierung bis zum Ende der Legislaturperiode durchhält. Und Sie?
Zu Guttenberg: Man darf dem Glauben der Mehrheit zuweilen durch Handeln entgegenreten. Wir haben uns nicht für ein Dreiviertel-

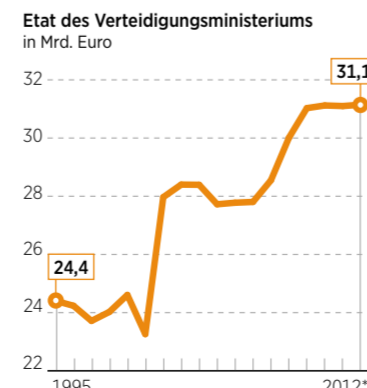
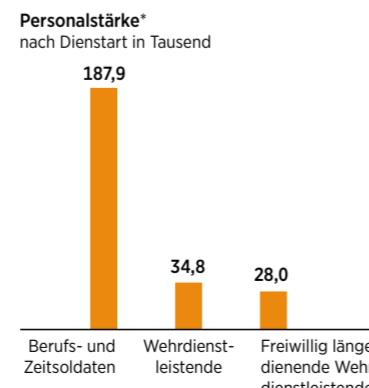
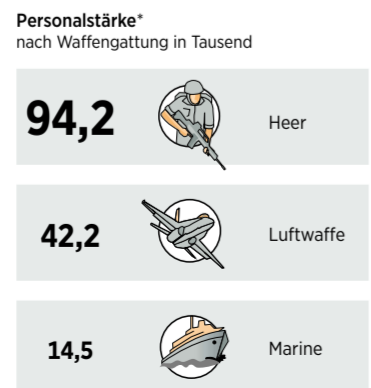
jahr des Eindrucks von Streit wählen lassen, sondern für vier Jahre Verantwortung.

HB: Die nächste Klippe für die Koalition ist die Wahl des Bundespräsidenten ...
Zu Guttenberg: Das ist schon am Rande des Absurden, wenn diese Wahl zum Gradmesser politischen Handelns hochstilisiert wird, auch von Stimmen der Koalition.

HB: Aber warum wirkt diese einstige Wunschkoalition von CDU, CSU und FDP so kurz nach dem Start schon so ausgezehrt?
Zu Guttenberg: Vielleicht hat man sich zu sehr mit den eigenen Erwartungen beschäftigt und dabei poten-

zielle Streitfragen, die es immer zwischen verschiedenen Parteien gibt, zu wenig Zeit gewidmet. Wir hätten besser ein paar Stolpersteine ausgeräumt, bevor der Koalitionsvertrag unterschrieben wurde. Jetzt aber müssen wir uns auf der vorhandenen Grundlage nach vorne bewegen und sollten nicht weitere wertvolle Zeit mit rückgewandten Diskussionen vergeuden.

Die Bundeswehr



*Stand: Mai 2010; **ab 2010 Planungsdaten
Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium der Verteidigung

Der Aufbruch geht weiter. Ich sehe meinen Reformansatz auch nicht gebremst. Nach meinem sicherlich sehr lauten, aber gleichwohl notwendigen Weckruf ist es jetzt richtig, die Rückkoppelung in die Koalitionsfraktionen noch intensiver herzustellen. Die Strukturen der Bundeswehr und auch ihr Auftrag legen Veränderungen nahe. Dabei spielen die knappen Finanzen auch eine wesentliche Rolle, aber der eigentliche Impuls für Reformen besteht nach wie vor in den außen- und sicherheitspolitischen Veränderungen.

HB: Nun sind Sie bei Ihrem Aufbruch zur Abschaffung der Wehrpflicht auch erst einmal gegen eine Wand in den eigenen Reihen gelaufen und am Machtwort der Kanzlerin gescheitert. Ihre erste schmerzliche Niederlage?
Zu Guttenberg: Sie übertreiben.

HB: Sie beschönigen: Aber die Kanzlerin ist Ihnen vor allen Dingen bei dem Wunsch nach Abschaffung der Wehrpflicht nicht gefolgt.
HB: Eigentlich haben Sie sich doch schon entschieden!
Zu Guttenberg: Ich habe eine Präferenz erkennen lassen, stimmt, aber es werden auch Varianten erarbeitet. Was bei diesem Prozess allerdings überhaupt nicht hilft, sind Tabus. Das gilt für die Wehrform, aber auch für spezielle Rüstungsprojekte und Standorte bis hinunter zu einzelnen Kasernen in einzelnen Wahlkreisen. Standortentscheidungen fallen übrigens ganz am Ende, nachdem man sich für ein militärisches Gesamtkonzept entschieden hat. Die Alternative ist, dass mir die Koalition eine Schatztruhe vor die Tür stellt. Ansonsten gilt der Satz: Das Einhalten des Status quo wäre keine Bewahrung und Gestaltung unserer Bundeswehr, sondern ihr schleichendes Begräbnis.

HB: Die Wehrpflicht ist das Modell des „Bürgers in Uniform“ und sollte eine Armee als „Staat im Staate“ verhindern. Kann die Union auf solche Glaubenssätze verzichten?
HB: Die Bundeswehr ist ja auch das

Zu Guttenberg: Die Bundeskanzlerin hat mir den Auftrag erteilt, bis zum Herbst Vorschläge auszuarbeiten. Dazu gehört die Annahme, künftig auf bis zu 40 000 Berufs- und Zeitsoldaten zu verzichten. Die Diskussion wird leider immer auf die Frage der Wehrpflicht verkürzt, aber sie ist in Wahrheit nur eine Teilfrage eines neuen Gesamtansatzes. Dabei gibt es von der Regierungsspitze keine Denkverbote.

HB: Aber Sie kennen doch die Antwort schon: Deutschland braucht keine große Bundeswehr mit Wehrpflicht, sondern eine kleine, bestens ausgestattete Berufsmarine für die Bündnisverpflichtungen und die Einsätze im Ausland.
Zu Guttenberg: Auslandseinsätze sind seit 20 Jahren Realität, aber von manchen noch nicht begriffen. Die Bundeswehr wird dafür noch mehr Flexibilität brauchen, das ist die erste wichtige Säule. Die zweite Säule besteht in der Verteidigung des Bündnisgebietes, und das endet eben nicht an den deutschen Landesgrenzen. Nicht zuletzt brauchen wir eine vernünftige Komponente Heimatschutz. Der ist zwar nicht mehr so wie in der Zeit vor 1989 ausgestaltet, aber manche denken immer noch in diesen Strukturen.

HB: Wie viele Soldaten sind derzeit für den Auslandseinsatz trainiert, ausgerüstet und abrufbereit?
Zu Guttenberg: Aktuell sind knapp 6 700 Soldaten bei einer Gesamtzahl von über 252 000 Soldaten im Einsatz. Damit sind wir aber schon dicht auf Kante genäht. Insgesamt spiegelt sich hier leider kein Zahlenverhältnis wider, das man im internationalen Vergleich als glorreich darstellen könnte. Das ist kein tragfähiger Ansatz, gemessen am Auftrags- und Einsatzspektrum der Bundeswehr.

HB: Wie viele einsatzbereite Soldaten wären notwendig?
Zu Guttenberg: Auf mehr als 40 000 Berufs- und Zeitsoldaten können wir nicht verzichten, sonst ist auch die Bündnisfähigkeit berührt. Rechnet man dann den Verzicht auf die Einberufung von Wehrpflichtigen hinzu, kommen wir einer Mindestzahl von 150 000 Soldaten sehr nahe.

HB: Muss man der Industrie nicht auch sagen, dass vor allem gespart werden muss?
Zu Guttenberg: Das tun wir. Es wird eine Priorisierung von Projekten geben, die sich wiederum an den künftigen Szenarien zu bemessen haben. Wir müssen auch fragen, ob wir wirklich jedes Gerät in nationaler Herstellung fertigen müssen. Zweitens muss jede Bestellung daraufhin überprüft werden, ob sich die Anforderungen zwischen Entwicklung, Bestellung und Beschaffung nicht klar verändert haben.

HB: Brauchen wir in Deutschland, das von Freunden umzingelt ist, noch ein Raketenabwehrsystem?
Zu Guttenberg: Wir brauchen schon noch eine Raketenabwehr im Bündnisgebiet, blicken Sie nur mal in Richtung Nordkorea oder Iran. Allerdings muss man sich auch fragen, ob es dafür zwingend eines bestimmten Abwehrsystems bedarf.



» » „Was bei diesem Prozess überhaupt nicht hilft, sind Tabus. Das gilt für die Wehrform, aber auch für spezielle Rüstungsprojekte und Standorte.“

» » „Leider ist es zwischen Auftraggebern und Auftragnehmern fast zur Regel geworden, dass Zeitlinien drastisch überschritten werden und Kosten explodieren.“

Zu Guttenberg: Das sind alles ehrenwerte Argumente, vor allem wenn man auf 55 Jahre erfolgreicher Wehrpflicht zurückblickt. Aber die Begründung der Wehrpflicht war nicht allein eine gesellschaftspolitische, sondern insbesondere eine verteidigungspolitische. Diese Bedingungen haben sich grundlegend gewandelt. Außerdem würde auch eine Freiwilligenarmee nicht bedeuten, dass man auf die Leitbilder der „inneren Führung“ und des „Bürgers in Uniform“ verzichten dürfte. All das gilt auch für jeden Zeit- und Berufssoldaten unbedingt.

HB: Worauf muss sich die Rüstungsindustrie einstellen? Kleine Bundeswehr, weniger Aufträge?
Zu Guttenberg: Die Verstärkung der Professionalität und die Veränderungen können auch eine Chance für die Industrie sein, vor allem wenn es um den Anspruch einer bestens ausgerüsteten Armee geht. Ich glaube allerdings, dass wir hier noch einige Optimierungsschritte im Miteinander gehen müssen.

HB: Sie haben der Industrie doch den Kampf angesagt: zu teuer, zu langsam, zu unzuverlässig.
Zu Guttenberg: Ich habe auf stark verbesserungswürdige Punkte hingewiesen. Das richtet sich auch an uns, zum Beispiel bei Abnahmeprozessen und beim Projektmanagement. Leider ist es zwischen Auftraggebern und Auftragnehmern fast zur Regel geworden, dass Zeitlinien drastisch überschritten werden und Kosten explodieren. Das ist nicht weiter hinnehmbar.

HB: Muss man der Industrie nicht auch sagen, dass vor allem gespart werden muss?
Zu Guttenberg: Das tun wir. Es wird eine Priorisierung von Projekten geben, die sich wiederum an den künftigen Szenarien zu bemessen haben. Wir müssen auch fragen, ob wir wirklich jedes Gerät in nationaler Herstellung fertigen müssen. Zweitens muss jede Bestellung daraufhin überprüft werden, ob sich die Anforderungen zwischen Entwicklung, Bestellung und Beschaffung nicht klar verändert haben.

HB: Brauchen wir in Deutschland, das von Freunden umzingelt ist, noch ein Raketenabwehrsystem?
Zu Guttenberg: Wir brauchen schon noch eine Raketenabwehr im Bündnisgebiet, blicken Sie nur mal in Richtung Nordkorea oder Iran. Allerdings muss man sich auch fragen, ob es dafür zwingend eines bestimmten Abwehrsystems bedarf.

HB: Die Bundeswehr ist ja auch das

Abbild der Spardebatte insgesamt. Gibt es ein „gerechtes Sparen“?
Zu Guttenberg: Sparen ist vermittelbar, wenn es nachvollziehbar ist und eine Perspektive aufweist. Ich glaube auch, dass die Bevölkerung einem das Abducken vor einer schwierigen Debatte übler nimmt als die Begründung objektiver Sparzwänge. Das gilt vor allem für die obskure Begründung mit anstehenden Wahlterminen. Die Bürger durchschauen das. Ich glaube auch

nicht mehr an das Dogma, dass man den Menschen vor Wahlen nichts zumuten dürfe. Das Gefühl der Zumutung entsteht doch eher, wenn die Menschen das Gefühl bekommen, man habe ihnen vor Wahlen etwas verschwiegen.
HB: Stichwort Perspektive. Die FDP hat unter dem Stichwort „Agenda 2020“ eine neue Strategie angeregt. Würden Sie eine solche weitergehende und über das Sparen hinausreichende Vision unterstützen?

Zu Guttenberg: Ich kenne den konkreten Vorschlag nicht. Aber es ist grundsätzlich von höchster Bedeutung, etwas zu formulieren, das über Wahltag hinausreicht.

HB: Auch viele Unternehmer fühlen sich von der Union nicht mehr politisch vertreten. Warum?
Zu Guttenberg: Wir tun uns ja insgesamt schwer, nicht nur bei den Unternehmern, sondern auch bei der breiten Bevölkerung. Ich höre die Kritik allerdings in den seltensten Fällen als fachliche Kritik, sondern als Antwort auf die vielen internen Auseinandersetzungen.

HB: Fehlt es nicht auch an Führung?
Zu Guttenberg: Die gesamte Regierung muss an ihrem Erscheinungsbild arbeiten. Gerade von einer Koalition, die sich bürgerlich nennt, erwartet man in Stillfragen ein gehobeneres Niveau. Aber ich rede nicht nur von der Form, ich rede auch vom Inhalt. Deutschland braucht einen Aufbruch, und diese Regierung ist gewählt, ihn zu versuchen.

Achtung! Finger weg von alten Auflagen.

Notwendige Neuauflage

Tipke/Lang **Steuerrecht** Begründet von Prof. Dr. Klaus Tipke, fortgeführt von Prof. Dr. Joachim Lang, Prof. Dr. Roman Seer, Prof. Dr. Johanna Hey, Prof. Dr. Wolfram Reiß, Dipl.-Kfm. Heinrich Montag und Prof. Dr. Joachim Englisch. 20. Auflage 2010, 1.322 Seiten Lexikontformat, gebd. 69,80 €. ISBN 978-3-504-20143-2. Brosch. 59,80 €. ISBN 978-3-504-20144-9

Eine Leseprobe finden Sie unter www.otto-schmidt.de/handelsblatt

Seit 36 Jahren ist das der Klassiker zum deutschen Steuerrecht schlechthin, diese kritische und einzigartige systematische Darstellung der gesamten Materie in einem Band.

Gut gegliedert, leicht verständlich, mit richtig gesetzten Schwerpunkten, hat dieses Buch schon Generationen gelehrt, das Steuerrecht als Einheit zu sehen, seine Funktionsweise und die zugrunde liegenden Prinzipien zu verstehen; seine Wechselwirkungen mit dem Zivilrecht und seine Bezüge zum europäischen und internationalen Recht.

Mit allen wichtigen Gesetzesänderungen. Mit allen neuen Rechtsentwicklungen und der Behandlung von steuerlichen Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzkrise. Und: mit vielen Beispielen, Tabellen, Schaubildern und Übersichten. Fazit: keine rechtssichere Beratung, keine solide Prüfungs- und Examensvorbereitung ohne den Tipke/Lang.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag Dr. Otto Schmidt · Postfach 51 10 26 · 50946 Köln